

den Anspruch ab, es zu anerkennen. Mit dieser Argumentation kann man eine

englische Monroedoktrin für die Welt erklären.

Ich möchte die folgenden Fragen stellen: Weiß der englische Staatssekretär des Auswärtigen nichts von der Deprimierung der farbigen Bevölkerung in den verschiedenen Kolonien Afrikas durch das Vorgehen der Entente, nichts von dem im Unterhaus zugegebenen Zwangsaushebungen in Britisch-Ostafrika, nichts von den riesigen Arbeiter- und Soldatenheeren aus englischen und französischen Kolonien? Hat er sich bei seinen Kollegen vom englischen Kolonialamt erkundigt, was es bedeutet, mit Eingeborenen gegen Eingeborene Krieg zu führen? Hat er eine Ahnung von dem unermesslichen Schaden für die koloniale Sendung aller Kulturbilder, der daraus entstehen muß, daß man Schwarze im Kampf gegen Weiße verwendet und nach Europa bringt?

Zweifelt Herr Balfour ernstlich daran, daß das Schiffsgang Afrika besser wäre, wenn England die Kongo-Akte nicht mißachtet hätte? Hat er vergessen, daß

Deutschland die einzige kriegsführende Macht ist, die die Abschaffung des Militarismus in Afrika ausdrücklich unter ihre Kriegsziele aufgenommen hat?

Ist Herr Balfour heute bereit, das Gleiche für England zu versprechen und mit französischen Methoden und Churchillschen Plänen endgültig zu brechen? Wir erstreben keine Vorherrschaft und kein Übergewicht, wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten. Wir wünschen eine Regelung der kolonialen Fragen nach dem Grundsatz, daß kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll und ihre in der Geschichte bewiesene Würdigkeit, die ihnen anvertrauten farbigen Völker zu beschützen. Die wirtschaftliche Tätigkeit allein ist kein genügender Rechtmittel. Kolonialismus heißt miffizieren. Diejenigen Staaten, die nach diesem Grundsatz vor dem Kriege zu handeln bestrebt waren, die die Menschheit auch in den farbigen Achtern, diese Nationen haben das moralische Recht erworben, Kolonialmacht zu sein. Dieses Recht hatte sich Deutschland vor dem Kriege erworben. Die Vorkriegsgläubigen mit der die

Annexion der deutschen Kolonien als ein gottgemaltes Werk plausibel gemacht wird, ist Blaspheemie. Es scheint Balfour etwas Selbstverständnis, den Raubinstinkt der englischen Imperialisten moralisch zu rechtfertigen. Es ist ihm so selbstverständlich, daß er nicht merkt, wie lächerlich es wirkt, in einem Atem das Streben Deutschlands nach der allgemeinen Vorkherrschaft zu brandmarken und für sein Land ein offenes Bekenntnis zur unverschleierte Anexionspolitik in Afrika und Asien abzulegen.

Am Schluß der Rede des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen steht der Satz, der Abgrund zwischen den Zentralmächten und den Alliierten sei so tief, daß er nicht überbrückt werden könne. Herr Balfour kann weiter gehen und für mich in Anspruch nehmen, daß er diesen Abgrund noch vertieft hat. Lassen sie mich Ihnen ein Bittat aus Rants Schrift zum ewigen Frieden anführen, die wie ein schwerer Vorwurf auf der ganzen Welt lasten: "Jugend ein Vertrauen auf die Denkungsart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrig bleiben, weil sonst auch kein Frieden abgeschlossen werden könnte und die Feindseligkeiten in einen Ausrottungskrieg ausüchlagen würden."

Sehen Sie, meine Herren, die Bestimmung des Ausrottungskrieges zu erhalten, daß gerade ist der Zweck solcher Reden, wie die des Herrn Balfour. Jemand wann muß noch einmal zwischen Volk und Volk so etwas aufreimen wie eine Regung von Vertrauen. Jemand wann müssen sich die vergewaltigten menschlichen Naturen aufbäumen gegen jene Irrlehre des Hasses, die in ihr die tiefinnerste Gemeinsamkeit der Menschen zu ersticken droht. Diese Reaktion flüchtet Balfour, und das ist es gerade, warum er seine Anklage nicht allein gegen die deutsche Regierung richtet, sondern gegen das deutsche Volk selbst und sein eigenstes Wesen.

Meine Herren, die psychologische Situation, aus der heraus der britische Staatsmann handelt, ist klar: Die Feinde wollen keinen Frieden durch Verhandlungen. Noch einmal geht eine

Welle des Uebermuts durch ihre Völker, wie nach dem Eintritt Italiens, wie nach dem Eintritt Rumänien, wie nach jedem vorübergehenden politischen oder militärischen Erfolg, und schon sind wieder die alten Kriegsziele bei der Hand. Der Ententekrieg geht heute wiederum um Raub und Ruhm. Aus diesem Tatbestand ergibt sich klar die Schlussfolgerung:

Wir müssen die Balfoursche Hinnahme als einen Anlauf an das deutsche Volk betrachten, im fünften Kriegsjahr von neuem alle seine Kräfte des Leidens, Kampfes und Siegens zusammenzurufen, wie in der großen Erhebung vom August 1914.

Eine weitere Schlussfolgerung scheint sich zu ergeben: Sollen wir gefühlsmäßig regieren, sollen wir uns ebenfalls auf den Boden des Vernichtungswillens, der knock-out-Politik stellen und mit allen jenen Zielen brechen, hinter denen der Gedanke der Völkerverständigung steht, nur deswegen, weil den Feinden die Grundlage der notwendigen Bestimmung fehlt?

Meine Herren, ich lehne diese Politik ab. Sie wäre die denkbar größte Erleichterung des feindlichen Krieges, wir würden uns die Gesetze des politischen Handelns vom Gegner diktiert lassen. Lassen wir uns durch Herrn Balfour nicht täuschen. Balfour wehrt sich mit scharfem Blick gegen eine drohende, wenn auch noch weit entfernte Friedensmöglichkeit. Wenn die feindlichen Diplomaten vor dem Kriege so wachsam sich gegen den drohenden Krieg gewehrt hätten, wie heute gegen den drohenden Frieden, weiß Gott, meine Herren, dann hätte es keinen Weltkrieg gegeben. Meine Herren, in allen Ländern gibt es heute Gruppen und Menschen, die man als

Zentren des europäischen Geistes bezeichnen kann. Denken Sie nicht an einzelne Namen weder bei uns noch im Feindesland. In diesen Zentren regt sich etwas wie eine Erkenntnis, daß der Weg ins Freie nur ge-

funden werden kann, wenn die kriegsführenden Nationen zu dem Bewußtsein ihrer gemeinsamen Aufgabe zurückwachen. Wie vermeiden wir künftige Kriege? Wie erzielen wir die Wirksamkeit internationaler Abmachungen auch bei einem neuen Krieg? Wie stellen wir die Nichtkombattanten sicher? Wie ersparen wir es den neutralen Staaten in Zukunft, daß sie für ihre Friedfertigkeit büßen müssen? Wie schützen wir nationale Minderheiten? Wie regeln wir unsere gemeinsame Ehrenpflicht gegenüber den minderjährigen Klassen dieser Welt? Meine Herren, das sind alles brennende Menschheitsfragen. Hinter ihnen steht die Stimmung von Millionen. Hinter ihnen steht unsägliches Leid, stehen unerhörte Ereignisse. Gerade unter den Kämpfern, unter denen, die gefallen sind, in allen Ländern, unter denen, die Kraft, Gesundheit oder Lebensfreude verloren haben, hat es Tausende gegeben, Tausende, denen das Opfer leicht fiel, weil sie den Glauben nicht verloren hatten, daß aus dem angeammelten Leiden, aus all der Not und Qual eine bessere Welt entstehen würde, die ihren Kindern und Enkeln Ruhe und Sicherheit, den Vätern aber untereinander den guten Willen verbürgte. Meine Herren, der Siegeszug dieser gemeinsamen Ziele ist sicher, Herr Balfour kann ihn hinauschieben, aber er kann ihn nicht verhindern.

Die Regelung der östlichen Fragen.

Wie gemeldet wird, dürfte die polnische Frage mit der Kandidatur des Erzherzogs Karl Stephan vorläufig eine grundsätzliche Regelung erfahren. Am 2. September soll die Königswahl stattfinden. Wenn diese, wie anzunehmen, auf Erzherzog Karl Stephan fallen wird, werden die beteiligten Mächte keinen Einspruch erheben. Auch in der litauischen Frage wird das Provisorium einer festeren Gestaltung weichen. — Wie es heißt, soll Wladimir von Polen an der Spitze des polnischen Wunsches in der Frage des Eberhard Besizers Rechnung getragen werden.

Wie ein Berliner Blatt aus Breslau erfährt, ist die Frage der Grenzregelung und der künftigen Handelsbeziehungen Oberösterreichs sowohl bei den Sachverständigen Beratungen als auch bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier mehrfach Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Im Großen Hauptquartier ist eine grundsätzliche Einigung über die Grenzregelung erfolgt; später stattfindende Konferenzen werden die Einzelheiten festlegen. In dem Bestreben, einen Ausgleich innerhalb der österreichischen und deutschen Exportinteressen zu finden, ist auch die Frage der künftigen Rohstoffversorgung der deutschen Industrie, namentlich Oberösterreichs, eingehend besprochen worden. Auch von österreichischer Seite ist die Notwendigkeit gesicherten Rohstoffbesuges für Oberösterreich anerkannt worden. In diesem Zusammenhang ist ferner die Frage der Angleberung des Donbrodowskens gestreift worden. Es ist bei der Erörterung der engeren Terrainsbeziehungen der kahlen, und zinsfördernden Kreise Bendzin, Olmütz, Wloclaw und des deutschen Wirtschaftsgebietes von österreichischer Seite kein ernsthafter Widerspruch erfolgt.

Die polnischen Minimalforderungen.

Warschauer Meldungen zufolge werden als sogenannte Minimalforderungen, welche den Ausgangspunkt der Verhandlungen zwischen dem Fürsten Radziwill und dem Deutschen Hauptquartier bilden, folgende Postulate aufgeschrieben: 1. Sicherung der Erhaltung der letzten Westgrenzen, 2. Anerkennung der Buglin im Osten als Grenze, 3. Zuteilung gewisser litauischer Territorien an Polen bei evtl. Abtrennung der drei litauischen Bezirke im Gouvernement Suwalki, 4. Zutritt zum Baltischen Meer durch Neutralisierung des Weichselunterlaufes und der entlang dieses Unterlaufes führenden Eisenbahnlinie, 5. Anerkennung Danzigs als Freihafen, 6. Besetzung der Grenze zwischen beiden Okkupationsgebieten in Polen, 7. Uebergabe der Verwaltung und des Finanzwesens an die Zivilgewalt in Polen, 8. sofortige Erhöhung der polnischen Wehrmacht bis zur Stärke von 20 000 Mann und die sofortige Einberufung eines vollen Jahrganges, 9. Uebergabe der Regentenschaft an den Erzherzog Karl Stephan.

Graf Burian über die Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußeren Graf Burian empfing den Wiener Vertreter des „N. N. Tag“, dem er mehrere Fragen über das Ergebnis der Besprechungen im Großen deutschen Hauptquartier beantwortete. Er sagte, er sei mit dem bei den Besprechungen erzielten Ergebnis in dieser Hinsicht zufrieden. Trotz der Kürze der Zeit seien in den bedeutendsten Fragen sehr wichtige Fortschritte erzielt worden, und es gebe keine Angelegenheit, die die gegenwärtige Monarchie und Deutschland gemeinsam interessieren könnte, welche nicht erörtert worden sei. Auf die Frage, daß wohl aber die polnische Frage verhandelt wurde, antwortete Graf Burian: Gewiß, und zwar ebenfalls mit einem sehr befriedigenden Resultat. Es war freilich nicht möglich, uns in Einzelheiten einzulassen, aber das Skizzenarium ist geschaffen worden, nach dem nun die weiteren Verhandlungen in raschem Tempo vor sich gehen sollten. Ich kann versichern, daß unser Programm nach wie vor daselbe geblieben ist. Wir halten an dem Ziele fest, daß die Wünsche der Polen hinsichtlich ihres künftigen Schicksals innerhalb der bestehenden Grenzen der Mittelmächte berücksichtigt werden sollen. Es ist daher beschlossen worden, daß zu den Verhandlungen, die in der polnischen Frage zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland geführt werden, auch Polen hinzugezogen wird. Auf die Frage: Werden die Polen über ihre Regierungsform und über die Person ihres Königs

selbst entscheiden?, erwiderte der Minister: Gewiß, die Polen haben das Recht, ihren König frei zu wählen. Auf die weitere Frage, ob auch die

Erweiterung der feindlichen Kriegsziele?

Nach einem Bericht der „Zürcher Post“ äußern sich die Schweizerischen Regierungskreise sehr zurückhaltend über einen Friedensvermittlungsvorschlag durch neutrale Länder, namentlich durch die Schweiz. Man hält den psychologischen Moment für eine erfolgreiche Friedensvermittlung noch nicht für gekommen. Im übrigen meint das streng neutrale Zürcher Blatt, der Landesrat Ador habe die Formel der Entente vom „Frieden des Rechtes und der Freiheit“ zu der seinigen gemacht. Er werde heute, da die Entente siegesfähig sei, noch weniger als je bereit sein, für eine neutrale Friedensvermittlung einzutreten, obgleich das Schweizer Volk in seiner Abergroßen Mehrheit ganz anders denke als Herr Ador.

Wie die „Zürcher Post“ zuverlässig erfährt, wird die Entente jeden Friedensvermittlungsvorschlag durch neutrale Stellen, einen Verständigungsfrieden eingezogen, entschieden ablehnen. Wer jetzt in Paris von einem Deutschen nur spricht, wird als deutschfreundlich denunziert. Alle Berichte und Äußerungen der Staatsmänner der Entente aus den letzten Tagen bestätigen erneut, daß die Entente einen Eroberungsrieden mehr als jemals erstrebt und die völlige Besetzung des Gegners erreichen will und sogar Anstalten trifft, bei weiteren militärischen Erfolgen ihrer diesjährigen Kriegsziele zu revidieren, d. h. zu erweitern.

Ein holländischer Friedensschritt?

Wie die „Zürcher Morgenpost“ meldet, hat die Bewegung für eine Friedensvermittlung durch die holländische Regierung erheblich an Umfang gewonnen. Die großen Rundgebungen der holländischen Friedensliga finden neuerdings auch im Parlament Unterstützung. Es ist anzunehmen, daß der Herrliche Führer Kolenas dem Gedanken eines Friedensvermittlungsgesetzes sympathisch gegenübersteht, und man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß dies zu einem Regierungsstreich führen kann.

Südafrika verlangt Unabhängigkeit.

Die Zentralauschüsse der Nationalpartei in den vier Provinzen Südafrikas haben auf einer Zusammenkunft den Antrag angenommen, worin sie im Hinblick auf die Rundgebungen Lloyd Georges und Präsident Wilsons über die Kriegsziele des Verbandes volle Freiheit und Unabhängigkeit für Südafrika verlangen, einschließlich das Recht, selbst zu bestimmen, unter welcher Regierungsform sie leben wollen. Die Erfüllung dieses Verlangens sollen die Ausschüsse auf verfassungsmäßigen Wege zu erreichen suchen.

Japans Vormarsch in Sibirien.

Die letzten Nachrichten über die militärpolitische Lage im fernen Osten lassen wohl den Schluß zu, daß das Ziel des japanischen Vormarsches in Ostsibirien der Baikalsee sei. Da Japans politische und militärische Interessen fast ausschließlich in Ostsibirien liegen, ist es anzunehmen, daß der japanische Vormarsch über diese Linie des Baikalsees nicht hinausgehen werden wird. Daraus ergibt sich freilich, daß die Ententeintervention in Ostsibirien zu einem lokalen Unternehmen der Japaner zusammenschrumpft. Von Seiten Japans droht also offenbar weder Rußland noch Mitteleuropa eine unmittelbare militärische Gefahr.

Ausdehnung der Unruhen in Japan.

Die Reisstrasse in Japan haben einen solchen Umfang angenommen, daß sie als die schwersten Unruhen in der Geschichte Japans bezeichnet werden. Fast in jeder größeren Stadt sind die Truppen zum Eingreifen bereit und in mehreren Ortschaften feuern sie auf die Menge. In Kobe wurden die Geschäftsräume einer Gesellschaft und einer Zeitung in Brand gesteckt. Die Polizei war der Menge gegenüber machtlos. In Kofu war eine auf 30 000 Mann geschätzte Menge in der vierten Nacht der Unruhen noch immer daran, Reisläden in Brand zu stecken. In Tokio sind die Fenster scheiben zahlreicher Häden eingemorsen worden. Die Polizei bewacht die Straßen und Parks, sowie die Wohnungen der Minister. Man glaubt, daß die hohen Reispreise nur einen Vorwand für das Volk bilden, um seiner Abneigung gegen die Kriegsgewinnler Ausdruck zu geben.

Russischer Bericht auf die Ostprovinzen.

Von sehr gut unterrichteter Seite fört der „Dokl. anzeiger“, daß die Sowjetregierung nunmehr formell ihr Desinteressement am früheren russischen Baltikum erklärt habe.

Kreise der Entente konsultieren Moskau.

Die „Times“ melden aus Stockholm: Das schwedische Ministerium des Aeußeren hat Bericht empfangen daß die amerikanischen, englischen und japanischen Konsuln Moskau verlassen haben. Auch die französischen und italienischen Konsuln werden abreisen.